

den 29. Januar 1879.

Berliner Börsen-Zeitung.

Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionsen,
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Die einzelne Nummer kostet 25 Pf.

Expedition der Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Für die Monate **Februar** und **März** eröffnen wir ein **besonderes Abonnement**. Auswärts werden die Bestellungen zum Preise von 6 Mark bei allen Postanstalten, in Berlin zum Preise von 6 Mark bei allen Stadt-Postanstalten, und zum Preise von 5 Mark bei sämtlichen Zeitungs-Spediteuren, sowie in unserer Expedition, Kronenstrasse No. 37, entgegen genommen.

Telegraphische Depeschen.

Kassel, 29. Januar. (C. T. C.) Geheimrath Dr. Stilling, erster Geschäftsführender Vorstand der 51. Versammlung Deutscher Naturforscher und Aerzte, ist gestern Abend in einem Alter von 69 Jahren gestorben.

Augsburg, 29. Januar. (C. T. C.) Nach einer Meldung der „Allgemeinen Zeitung“ ist Dr. v. Pottenkofer auf Veranlassung des Reichskanzlers telegraphisch nach Berlin berufen worden.

Paris, 28. Januar, Nachts. (C. T. C.) Im Laufe des Abends fanden zwischen den Ministern und den Präsidenten und einflussreichen Mitgliedern von der Majorität beider Kammern Besprechungen über die Weigerung des Marschall-Präsidenten statt, das Decret über die grossen Militaircommandos zu unterzeichnen. Die Delegirten der Majorität erklärten, dass die Majorität des Marschall-Präsidenten zwar nicht stürzen wolle, dass sie aber seine Demission annehmen würde; zugleich forderten dieselben die Minister auf, nochmals darauf zu bestehen, dass die Unterzeichnung des gedachten Decretes durch den Marschall erfolge. Die Minister werden, wenn der Marschall-Präsident abernals die Unterzeichnung des Decretes verweigert, den Kammern über die Lage der Dinge Bericht erstatten und ihre Entlassung geben. — Der Bericht der Enquêtecommission schliesst mit dem Antrage, das Ministerium vom 16. Mai 1877 in Anklagestand zu versetzen.

Paris, 28. Januar. (H. T. B.) Zum Botschafter Frankreichs in Petersburg ist General Chanzy ernannt worden.

Paris, 28. Januar, Abends. (C. T. C.) Der „Soir“ schreibt, der Marschall-Präsident habe in dem heute früh stattgehabten Ministerrath ein Decret, welches Modificationen beim Richterstande betreffe, unterzeichnet, dann aber, als die Frage der Besetzung der grossen Militair-Commandos aufgeworfen worden sei, erklärt, er könne derartige Entscheidungen nicht acceptiren, er lehne es ab, die Armee zu desorganisiren, und müsse eine solche Verantwortung Anderen überlassen. Nach diesen Worten habe der Marschall-Präsident den Saal, worin der Ministerrath stattgefunden, verlassen.

Paris, 29. Januar, Morgens. (C. T. C.) Dem Vernehmen nach hat gestern Abend auch zwischen dem Marschall-Präsidenten und dem Conseilpräsidenten Dufaure eine Besprechung stattgefunden. Letzterer hätte den Marschall-Präsidenten auf die Folgen seiner Weigerung, das Decret über die grossen Militaircommandos zu unterzeichnen, aufmerksam gemacht; Mac Mahon aber hätte erklärt, dass er bei seiner Weigerung verbleibe.

London, 28. Januar. (H. T. B.) Die Grossmächte, welche den Berliner Vertrag unterzeichnet haben, sind übereingekommen, den Zeitraum, welcher der Commission zur Organisation Ostrumeliens zur Vollendung ihrer Arbeiten bewilligt worden war, um weitere 3 Monate, bis zum 1. April zu verlängern.

London, 29. Januar, Morgens. (C. T. C.) Die „Times“ veröffentlichen eine Depesche des Botschafters Odo Russell in Berlin an den Marquis of Salisbury vom 10. d. M. Der Botschafter spricht darin sein Bedauern über die projectirten Deutschen Eisenzölle aus, die zu treffenden Maassregeln seien dazu angethan, das Englische Eisen gänzlich vom Deutschen Markte zu verdrängen. Wie er aus guter Quelle erfährt, werde seitens der Eisen-Enquêtecommission wahrscheinlich ein

Schutzzoll von 50 Pf. für den Centner befürwortet werden.

London, 29. Januar. (C. T. C.) Die Grubenbesitzer und Grubenarbeiter in Süd-Yorkshire und Nord-Derbyshire haben sich dahin geeinigt, die zwischen ihnen schwebenden Differenzen bezüglich des Lohnsatzes einem Schiedsgerichte zu unterbreiten. — Der „Standard“ meldet aus Khost vom 27. d.: Vali Mahomed, der Halbbruder Schir Ali's, sei auf dem Wege nach Hazarpir, um sich dem General Roberts zu unterwerfen. Vali Mahomed, welcher den Befehl erhalten habe, nach Kabul zu kommen, sei zu diesem Schritte durch die Befürchtung bewegt worden, dass er wegen seiner Niederlage im Peiwarpasse am Leben gestraft werden könne. — Die „Times“ melden aus Konstantinopel: Der Finanzminister Zuhdi Pascha sei entlassen worden, weil er sich unfähig gezeigt habe, den Werth der Kaimes zu heben; zu seinem Nachfolger sei Kiani Pascha bestimmt.

Rom, 28. Januar, Abends. (C. T. C.) Cardinal Antonucci ist gestorben. — Der Senat hat den Oesterreichischen Handelsvertrag nach unerheblicher Debatte mit 75 gegen 4 Stimmen genehmigt.

Petersburg, 29. Januar, Morgens. (C. T. C.) Laut offizieller Meldung sind seit dem 26. d. in dem Gouvernement Astrachan keine an der Epidemie Erkrankte vorhanden. Alle einschlägigen Maassregeln concentriren sich gegenwärtig auf die Desinfection und auf andere sanitätpolizeiliche Vorkehrungen.

Konstantinopel, 27. Januar. (H. T. B.) Der Staatsbaumeister Serkis Bey hat die Pläne eines Prospect, betreffend den Bau eines Kleinasiatischen Eisenbahnnetzes vorgelegt. Nach diesem Entwurfe soll immer eine Strecke von 100 Kilometern ausgebaut und erst nach deren Vollendung eine weitere Strecke in Angriff genommen werden. Die Kosten sollen sich auf 720,000 £ für 100 Kilometer belaufen.

Konstantinopel, 28. Januar. (H. T. B.) Das Gerücht, dass der hiesige Oesterreichisch-Ungarische Botschafter Graf Zichy seinen Posten demnächst verlassen werde, ist ohne Begründung. Dagegen verlautet in diplomatischen Kreisen mit Bestimmtheit, dass der erst seit kurzer Zeit hier amtierende Botschafter Deutschlands, Graf Hatzfeld, in Berlin um seine Abberufung eingekommen sei.

Berlin, den 29. Januar.

— Die heutige (40.) Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde vom Präsidenten v. Bennigsen um 11½ Uhr eröffnet. Am Ministertisch Handelsminister Maybach und einige Commissare.

Vor der Tagesordnung verliest Abg. v. Ludwig ein Schreiben der Lese- und Erholungsgesellschaft in Bonn, in welchem, bezugnehmend auf die Rede des genannten Abgeordneten vom 24. d. Mts., der mehrfach erwähnte Vorfall in dieser Gesellschaft als ein harmloser Carnevalsscherz dargestellt wird und als solcher auch von allen Anwesenden aufgenommen worden ist. Namentlich seien bei denselben keine Gewänder verwendet, keine Verletzung religiöser Gefühle vorgekommen, auch sei der Scherz ohne jede Assistenz von Frauenzimmern vor sich gegangen. — Redner knüpft hieran die Bemerkung, dass er die Angelegenheit damit keineswegs für abgeschlossen hält, sondern es für dringende Pflicht des Cultusministers erachtet, durch eine geordnete Disciplinäruntersuchung den Sachverhalt klarstellen zu lassen.

Tagesordnung:
I. Dritte Berathung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtskosten-Gesetze und zu den Deutschen Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher etc.

Der Gesetzentwurf wird definitiv genehmigt.

II. Berathung des Antrages des Abg. Freund und Genossen betreffend die Regulirung der Oder. Der Antrag geht dahin: die Staatsregierung aufzufordern, in der nächsten Session des Landtages in Anschluss an die Denkschrift vom 15. November 1867, betreffend die Regulirung der Oder, eine Denkschrift vorzulegen, in welcher dargelegt wird, welche Mittel im Laufe der letzten Jahre für die Fortführung der Oderregulirung aufgewandt, welche Erfolge dadurch erreicht sind, und in welcher Weise nach dem Plane der Staatsregierung vorge-

gangen werden soll, um in möglichst kurzer Zeit das Werk zu Ende zu führen.

Abg. Freund: Er trete mit einer alten Klage vor das Haus. Dieselbe habe in fast jeder Session dasselbe beschäftigt, die beklagenswerthe Situation der Oderregulirung sei aber noch immer dieselbe, obwohl diese Angelegenheit von beiden Häusern des Landtags als solche bezeichnet worden, die alle Sympathie für sich hat, trotzdem man sich von allen Seiten bemüht hat, die Angelegenheit in Fluss zu erhalten. Es handle sich nicht um ein particulares Interesse, sondern um ein Staatsinteresse, um eine staatliche Pflicht. Redner weist darauf hin, dass die Herstellung einer regelmässigen Dampfschiffahrt stets daran gescheitert, dass an einzelnen Stellen die Oder nicht fahrbar sei. Auch sei zur vollständigen Oderregulirung die Hafenanlage in Breslau eine unbedingte Nothwendigkeit, die aber ohne Beihilfe des Staats nicht ausführbar sei.

Regierungs-Commissar, Geheimer Rath Schönfelder erwidert, dass in der zu erwartenden Denkschrift die Gründe enthalten sein werden, welche die Verzögerung dieser Angelegenheit herbeigeführt haben. Das gegenwärtig befolgte System der Oderregulirung habe übrigens allseitige Anerkennung gefunden. Es gehe aus aus zahlreichen Zuschriften hervor, in welchen Seitens verschiebener Schiffahrtsgesellschaften der Regierung Dank für die Sorgfalt ausgesprochen wird, mit der die Arbeiten durchgeführt werden. Es sei auch unzweifelhaft, dass die Oderregulirung die besten Fortschritte gemacht. Aber sie können nicht in einer Weise durchgeführt werden, wie die Ausführung eines Canals oder einer Eisenbahn. Die Regierung werde der Angelegenheit stets dasjenige Interesse zuwenden, welches sie im Interesse der Provinz Schlesien und der übrigen benachteiligten Provinzen beanspruchen kann.

Abg. Schmidt-Stettin verspricht sich von der Vorlegung einer Denkschrift gar nichts und verweist in Bezug auf das gegenwärtig in Anwendung kommende Regulirungssystem auf mehrere Klagen der Schiffer, welche mit den gemachten Bemerkungen des Reg.-Commissars wenig übereinstimmen. Mit Recht habe der Antragsteller das Staatsinteresse an der Sache hervorgehoben und das sei am klarsten dadurch zu bethätigen, dass man mehr Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stelle, um die Sache zu fördern.

Abg. Dr. Hammacher hält den Antrag für völlig gerechtfertigt. Aber die geforderte Denkschrift dürfe sich nicht blos auf die Oderregulirung beschränken; er verlange Mittheilung über den Stand der Correctionen vaterländischer Flüsse überhaupt, denn Klagen, wie sie über die Oder geführt werden, würden allenthalben laut. Die Klagen richteten sich speciell gegen das System, wie die Regierung bei diesen Regulirungsarbeiten vorgeht. Zu diesem System müsse das Haus Stellung nehmen.

Handelsminister Maybach erkennt diese Anregung als berechtigt an. Er trage kein Bedenken zu erklären, dass dem nächsten Landtage eine Uebersicht über den Fortgang der Correcturen an den einzelnen Strömen vorzulegen (Beifall).

Abg. Dr. Meyer-Breslau schliesst sich den Ausführungen des Antragstellers überall an und weist seinerseits noch darauf hin, dass die Oder bei Crossen am schlechtesten ist.

Die Discussion wird geschlossen und der Antrag fast einstimmig angenommen.
(Schluss des Blattes.)

— Der Bundesrath hielt gestern Nachmittag um 1 Uhr eine kurze Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann ab, deren einzigen Gegenstand die Maassregeln gegen die Einschleppung der in Russischen Districten ausgebrochenen Pestepidemie bildete. Auf den zu Wien in den letzten Tagen abgehaltenen Conferenzen ist, wie bekannt, das Verbot der Einfuhr einer Reihe von Artikeln als besonders wirksame Maassregel beschlossen worden. Es wird sich nun darum handeln, den Erlass dieser Einfuhrverbote dieserseits zu formuliren, und es wird damit unverzüglich vorgegangen werden. Es ist möglich, dass die Publication schon durch den heutigen „Reichsanzeiger“ erfolgt. Die Reichsregierung entfaltet übrigens den denkbarsten Eifer, um Nichts zu ver-